

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1982 der Bundesregierung **– Drucksache 9/1322 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dramatisch verschlechtert. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zur Zeit fast 2 Millionen Arbeitslose. Das sind 600 000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Diese Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur eine Belastung für unsere Wirtschaft, sondern bedeutet für Millionen Menschen ein schweres menschliches Schicksal.

Diese hohe Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis schwerer Fehler der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik. Ausufernde Staatsverschuldung, eine kollektive, nur noch nach Quoten und nicht mehr am einzelnen Menschen orientierte Sozialpolitik, überzogene Belastung mit Steuern und Abgaben, eine ausufernde Bürokratisierung auf allen Ebenen markieren den Weg in diese Krise und haben verhindert, daß die deutsche Wirtschaft die aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Belastungen rechtzeitig und ausreichend auffangen konnte.

Die Folgen jahrelanger schwerer Fehler können nicht kurzfristig mit sogenannten Beschäftigungsprogrammen beseitigt werden. Vielmehr bedarf es einer grundsätzlichen Kursänderung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik, die es den Unternehmen, den Arbeitnehmern und unseren ausländischen Partnern ermöglicht, wieder Vertrauen in die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates muß wiederhergestellt werden, Vertrauen in die Stabilität unseres demokratischen Rechtsstaates und in unsere Verlässlichkeit als Partner im freien Europa und im Atlantischen Bündnis. Vertrauen im In- und Ausland ist die wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaft gesicherten Aufschwung. Dazu muß jetzt Klarheit über die künftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geschaffen werden.

Die Grenze der Belastbarkeit durch Steuern und Sozialabgaben ist für Arbeitnehmer und Unternehmen erreicht. Offene und heimliche Steuererhöhungen weisen keinen Weg aus der Wirtschafts-

krise und der Arbeitslosigkeit. Sie sind kein Mittel zur Belebung der Wirtschaft, wirken unsozial und belasten unnötig die Tarifverhandlungen. Deshalb wird eine Mehrwertsteuererhöhung nicht die Zustimmung des Deutschen Bundestages finden.

Die Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis der Tatsache, daß die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft jahrelang verletzt wurden. Der Deutsche Bundestag fordert daher von der Bundesregierung eine konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft, zu deren Durchsetzung folgende Maßnahmen erforderlich sind:

I. Den Haushalt in Ordnung bringen

1. Vorrangiges finanzpolitisches Ziel ist, den Schuldenzuwachs abzubauen und die Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen. Dazu sind Kürzungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen unabweisbar. Durch eine solide Finanzpolitik werden wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Senkung des Zinsniveaus geschaffen. Niedrigere Zinsen sind unverzichtbar für mehr Investitionen.
2. Die Grundlagen unseres Systems sozialer Sicherung sind durch die sinkende Wirtschaftskraft gefährdet. Der Mißbrauch innerhalb des Systems der sozialen Sicherung muß beseitigt werden. Wer einen zumutbaren Arbeitsplatz ausschlägt, obwohl er arbeiten kann, verwirkt den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

Wer krankfeiert, ohne krank zu sein, handelt unsozial. Wer einen anderen krankschreibt, obwohl dieser nicht krank ist, beteiligt sich an der Ausbeutung unseres Versicherungssystems. Über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter, Angestellte und Beamte ist zu entscheiden, sobald das Ergebnis der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Überprüfung vorliegt. Unser Gesundheitssystem muß so reformiert werden, daß alle ein unmittelbares Eigeninteresse an Sparsamkeit haben.

II. Mehr private und öffentliche Investitionen

1. Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Das in der Vergangenheit erarbeitete Kapital darf nicht weiter aufgezehrt werden, sondern es muß für die Zukunft investiert werden. Dabei liegt der Vorrang bei den privaten Investitionen. Dazu muß die Finanzkraft und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt werden.
2. Sobald die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wiederhergestellt ist, muß das Steuersystem wieder wachstums- und leistungsfreundlicher ausgestaltet werden.
3. Wer investieren will, muß auch investieren dürfen. Die politischen und bürokratischen Investitionshemmnisse müssen abgebaut werden. Die Genehmigungsverfahren beim Bau industrieller Anlagen sind zu beschleunigen, und der Rechtsschutz bei industriellen Großvorhaben muß wieder kalkulierbar werden.

4. Die öffentlichen Investitionen müssen verstetigt werden. Kürzungen der investiven Ausgaben im Bundeshaushalt vor allem bei den Bauinvestitionen müssen rückgängig gemacht werden; dies ist durch Umschichtungen im Bundeshaushalt zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für die Gemeinschaftsaufgaben (regionale Wirtschaftsstruktur, Agrarstruktur und Küstenschutz sowie Hochschulbau), den Wohnungsbau, den Ausbau der Verkehrswege, Energieinvestitionen einschließlich Fernwärme und Energieeinsparung sowie Medientechnologie und Umweltschutz.

III. Mehr Selbständige

Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, werden Erweiterungsinvestitionen und Personalaufstockungen in bestehenden Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb müssen die Bemühungen zur Schaffung neuer Unternehmen mit Nachdruck fortgesetzt werden. Der Deutsche Bundestag befürwortet eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleisten, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten. Eine Existenzgründungswelle ist notwendig, für die die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Dazu zählen Hilfen zur Aufbringung des notwendigen Risikokapitals und Sofortabschreibungen sowie Ansparmodelle zur Existenzgründung analog dem Bausparmodell.

Für die mittelständischen Betriebe sollen Erfindungen und ihre Anwendung durch besseren Zugang zu Patenten und neuer Technologie erleichtert werden.

IV. Mehr Wohnungen bauen

Bauen schafft Arbeitsplätze und zieht weitere Aufträge in anderen wirtschaftlichen Bereichen nach sich. Im Wohnungsbau müssen bestehende Investitionshemmnisse abgebaut werden.

1. Der im Dezember 1981 beschlossene Abbau nicht mehr gerechtfertigter Subventionen im älteren Sozialwohnungsbestand schafft den Ländern die Möglichkeit für zusätzliche Investitionen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Allein im Dezember 1981 sind Rückflüsse von öffentlichen Darlehen in Höhe von 741 Mio. DM erfolgt. Für die Jahre 1982 bis 1985 wird ein Mittelaufkommen aus vorzeitig zurückgezahlten Darlehen, Ausgleichszahlungen und aus Zinsanhebungen für die vor dem 1. Januar 1970 bewilligten öffentlichen Baudarlehen in Höhe von insgesamt 4 Mrd. DM erwartet.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder, diese Mittel voll für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen sowie ihre regionalen Wohnungsbauförderungsprogramme trotz angespannter Finanzlage voll zu verwirklichen und die Sonderprogramme für die Förderung des Wohnungsbaus zu verwirklichen.

2. Durch die Möglichkeit, Zeitmietverträge abzuschließen, Staffelmieten im Neubau und im Bestand zu vereinbaren sowie durch eine zeitnahe Fortschreibung der Mietspiegel ist das Mietrecht zu liberalisieren und ist es Bauwilligen zu erleichtern, in den Mietwohnungsbau zu investieren. Die mietrechtlichen

Bestimmungen dürfen einer vernünftigen und notwendigen wirtschaftlichen Nutzung der Mietwohnung nicht entgegenstehen. Dabei ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß eine Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung ausgeschlossen bleibt.

V. Den technischen Fortschritt fördern

1. In den Technologien, die der Schlüssel für moderne wirtschaftliche Entwicklung sind, wie z. B. die Mikroelektronik, darf die Bundesrepublik Deutschland den Anschluß nicht verpassen. Der Vorsprung unserer Konkurrenz ist gewachsen. Deshalb brauchen wir eine technologische Offensive. Die Forschung muß sich wieder mehr den Problemen der Praxis in der Wirtschaft öffnen. Forschungsergebnisse müssen schneller in praktische industrielle Anwendung umgesetzt werden. Es sind Anreize notwendig, damit vor allem mittelständische Betriebe mehr qualifiziertes Personal in Forschung und Entwicklung beschäftigen.
2. Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, daß sich die junge Generation in ihrer Schul- und Berufsbildung wieder stärker naturwissenschaftlichen und technischen Fächern zuwendet. Die Anwendung modernster Techniken in der Wirtschaft ist Voraussetzung für weiteren Wohlstand und soziale Sicherheit. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs für viele technische Berufe muß beseitigt werden.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert Energie zu konkurrenzfähigen Preisen. Deshalb müssen
 - die politischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen für einen zügigen Bau von Kohle- und Kernkraftwerken geschaffen werden. Der Ausbau der Energieversorgung schafft Arbeitsplätze in der Kraftwerksindustrie, bei Zulieferern und in der Bauindustrie. Kernenergie sichert langfristig Arbeitsplätze durch ein international konkurrenzfähiges Strompreisniveau. Sie entlastet zudem unsere Ölrechnung und trägt dadurch zur Stärkung unserer Außenhandelsbilanz bei und ermöglicht, die Zinsen zu senken;
 - die fortschrittlichen Energietechniken weiterentwickelt werden. Umweltfreundliche Kohleverbrennung und Kohleveredelung sind zügig zur technischen Reife zu führen. Die über die heutigen Leichtwasserreaktoren hinausführenden modernen Entwicklungen von Hochtemperaturreaktoren einschließlich kleiner Einheiten und schnelle Brutreaktoren, die langfristig knappes Uran besser zu nutzen vermögen, müssen in der Forschung und Anwendung unterstützt werden;
 - die beschäftigungspolitischen Chancen von energieeinsparenden Investitionen (z. B. Gebäudeisolation, Wärmepumpen, Kraftwärmekopplung, Fernwärme, Solartechnik), die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Bau- und Installationsgewerbe zugute kommen, verstärkt genutzt werden.

4. Die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken ist zu unterstützen. Rasches Handeln ist angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der Telekommunikation notwendig. Erforderlich sind die Aufhebung des Verkabelungsstopps, verbindliche Investitionspläne der Deutschen Bundespost, eine Klärung ihrer zukünftigen Monopolbereiche sowie die Aufgabe der Blockade einer zukunftssträchtigen Medienpolitik.
5. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum stehen in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zum Schutz unserer natürlichen Reserven und der Umwelt. Die Reinhaltung der Luft, die Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserhaushaltes, die Begrenzung der Meeresverschmutzung, die Eindämmung der Lärmbelastigung erfordern gewaltige Investitionen des aktiven Umweltschutzes und schaffen neue Arbeitsplätze.

VI. Tarifpartner tragen Verantwortung

1. Die Verantwortung der Sozialpartner für Wachstum und Beschäftigung kann ihnen niemand abnehmen. Die Löhne sind sowohl als Kostenfaktor wie auch als Einkommen eine Schlüsselgröße. Ein Prozent mehr Lohn und Gehalt macht fast 8 Mrd. DM. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Tarifpartner, bei ihren Verhandlungen verstärkt den wachstums- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich zu einer sozialen Allianz für Investitionen und für Arbeitsplätze zusammenfinden. Ohne einen maßvollen Lohnabschluß würden andere beschäftigungspolitische Maßnahmen wirkungslos bleiben. Lohnpolitische Zurückhaltung und Preisdisziplin führen zu mehr Wachstum und Investitionen und ermöglichen wieder eine Sicherung der Realeinkommen der Arbeitnehmer.

Diese notwendige Umorientierung muß durch Angebote zur Ausweitung der individuellen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer erleichtert werden. Dadurch soll bewirkt werden, daß sich durch eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht dauerhaft zu Lasten der Arbeitnehmer verschiebt.

2. Die in der Vergangenheit in den Tarifverträgen praktizierten Lohnnivellierungen haben Arbeitsplätze vernichtet und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschwert. Die Tarifvertragspartner sind aufgefordert, die Diskriminierung der körperlichen und handwerklichen Arbeit unter Berücksichtigung der Leistungsgerechtigkeit bei der künftigen Tarifpolitik zu beseitigen.

VII. Den Arbeitsmarkt öffnen

1. Für Jugendliche müssen weiterhin ausreichend Lehrstellen angeboten werden. Dazu ist zunächst die Ausbildungsbereitschaft insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben zu erhalten und weiter zu stärken. Die Unternehmen mit Beteiligungen der öffentlichen Hand dürfen ihr Lehrstellenangebot nicht verringern. Ein großer Teil der Jugendlichen konzen-

triert sich in der Berufswahl auf wenige Modeberufe, während vor allem im Handwerk viele Ausbildungsplätze mit guten Berufschancen unbesetzt bleiben. Dieser Entwicklung muß entgegengewirkt werden. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Jugendlichen, bei ihrer Berufswahl auch die Chancen am Arbeitsplatz stärker zu bedenken. Die Stellung der Hauptschule im Bildungssystem ist zu stärken.

2. Durch Umschichtungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind wieder vermehrt Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Fortbildung, der Umschulung und der Wiedereingliederung zu schaffen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert private und öffentliche Arbeitgeber auf, mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch durch Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing) anzubieten, wo die betriebliche Organisation dies zuläßt. Es ist zu prüfen, wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Belastung der Beitragszahler und der Rentenversicherung durch die Tarifparteien als Angebot an ältere Arbeitnehmer vereinbart werden kann.

Über alle Maßnahmen im einzelnen hinaus ist eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft notwendig:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherheit.

Nur auf diesem Fundament kann die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe des einzelnen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht werden.

Bonn, den 4. März 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

